

**am Samstag, 09. April 2011,
in der Gläsernen Molkerei
Hauptstr. 10, 15748 Münchehofe**

V2

Tagesordnungspunkt 5: Verschiedene Anträge

AntragstellerInnen: Marie Luise von Halem, Michael Jungclaus, Sabine Niels, Ursula Nonnemacher, Axel Vogel

1 Hochwasservorsorge voranbringen – Flüssen mehr Raum geben

2 In Brandenburg haben extreme Niederschläge 2010 und Anfang 2011 zu zahlreichen und lang
3 andauernden Hochwasserereignissen geführt. Wir wissen um die teilweise schwerwiegenden
4 Folgen für die betroffenen Menschen, die Kommunen und Gemeinden sowie für die
5 landwirtschaftlichen Betriebe. Extreme Wetterereignisse werden uns vermutlich auch zukünftig
6 vor vergleichbare Herausforderungen stellen.

7 Bündnis 90/Die Grünen fordern seit geraumer Zeit, einen neuen Umgang mit der
8 Hochwasserpolitik. Denn es kann nicht nur um die Erhöhung und den Neubau von
9 Deichanlagen gehen, sondern vor allem um den vorbeugenden Hochwasserschutz.

10 Dafür ist vor allem die Schaffung zusätzlicher Überschwemmungsgebiete entlang der Flüsse
11 unabdingbar. Darüber hinaus müssen die Siedlungsentwicklungen und die Formen der
12 Landnutzung den Erfordernissen des Klimawandels angepasst werden.

13 Dazu brauchen wir langfristige Planungen, die Teilhabe der Betroffenen und gut ausgestaltete
14 Umsetzungsinstrumente.

15 Der Landesparteirat möge beschließen:

16 Bündnis 90/Die Grünen fordern für eine Umsetzung der folgenden Maßnahmen zur
17 Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes in Brandenburg:

- 18 1. Die Schaffung zusätzlicher Überschwemmungsgebiete in ausreichendem Umfang
19 entlang der Flussläufe muss – auch länderübergreifend – vorangebracht werden.
- 20 2. Aus Gründen des Erosionsschutzes und des vorbeugenden Schutzes vor Pestizid- und
21 Düngemittelausträgen soll Ackerbau innerhalb von Überschwemmungs-gebieten
22 ausnahmslos untersagt werden. In überschwemmungsgefährdeten Gebieten soll der
23 Ackerbau in zu definierenden standortabhängigen Abflussbereichen untersagt werden.
24 Wir wollen angepasste Landnutzungsformen wie z.B. eine extensive Gründlandnutzung
25 in diesen Gebieten gezielt fördern.

- 26 3. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die europäischen und bundesweiten Förderkriterien
27 so ausgestaltet werden, dass sie für die Wiederherstellung und Einrichtung von
28 Überflutungsräumen verstärkt herangezogen werden können. Dies muss auch die
29 Bereitstellung von Entschädigungszahlungen beinhalten, um Einkommensverluste für
30 Landnutzer auf Grund von Flächenverlusten auszugleichen.
- 31 4. Das Land Brandenburg muss die von der EU vorgegebenen Hochwasser-
32 Risikomanagementpläne zügig erarbeiten.
- 33 5. Wir fordern, dass für das Hochwasserrisikomanagement zügig Eckpunkte formuliert
34 werden, die differenzierte Schutzziele für Landnutzungstypen und einzelne Schutzgüter
35 beinhalten. Anhand dieser konkreten Schutzziele können zukünftig räumlich
36 differenzierte Entscheidungen z.B. für Rückdeichungen und dadurch betroffenen
37 Flächen getroffen werden.
- 38 6. Um zukünftig in der Hochwasservorsorge die raumplanerische Instrumente besser nutzen
39 zu können, wollen wir den Regionalen Planungsgemeinschaften konkrete Aufgaben
40 übertragen. Diese müssen innerhalb der im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg
41 dargestellten „Risikobereiche Hochwasser“ entsprechende „Vorranggebiete
42 Hochwasserschutz“ und „Vorbehaltsgebiete hochwassergefährdeter Bereich“ in den
43 Regionalplänen festsetzen können.
- 44 7. Wir fordern für die vom Hochwasser betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine
45 Unterstützung des Landes. Wir wollen deshalb einen Unterstützungsfonds für
46 Privathaushalte einrichten, deren Bauten sich auf überschwemmungsgefährdeten
47 Standorten im Oderbruch befinden. Die Finanzierung des Fonds sollte über die
48 Abwasserabgabe und das Wassernutzungsentgelt erfolgen. Der Fonds sollte
49 insbesondere für Maßnahmen wie z.B. individuelle Bau- und Verhaltensvorsorge durch
50 Sachverständige, Hochwasserangepasste Sanierung und Nutzung von Gebäuden,
51 Nachbarschaftshilfen oder Hochwasserschutz-Netzwerke oder Anschaffung von
52 Pumpen, Generatoren und sonstigen technischen Geräten eingesetzt werden.